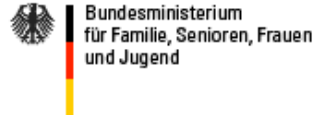


Arbeitsergebnisse der BKF-Tagung „Junge Erwachsene“ mit Behinderung vom 12. – 14.12.2014, Regenbogenhof Mützen/Lüchow Dannenberg Kreis. Unterstützt durch die BAGS/ Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe e.V. Gefördert durch:



Die Konferenz dient zum Austausch. Das Motto gliederte sich in drei Bereiche:

1. Wie sehe ich mein bisheriges Leben
2. Wo stehe ich jetzt
3. Wo will ich hin. Welche Ziele habe ich. Welche Möglichkeiten sehe ich, aber welche Hindernisse, welche Probleme stehen mir im Wege?

Leitung und Moderation durch Wolfgang Vogt. Protokollführung und Co-Leitung durch Jens Wiegrebe. Die Form der Arbeitstagung war als sogenannter „Open Space“ konzipiert. Es war ein beeindruckend zu erleben, wie großartig und kompetent dieser offene Raum durch die jungen Erwachsenen gefüllt wurde. Hervorgehoben wurde immer wieder von den Teilnehmern, dass sie sich in allen Bereichen ihres Alltagslebens viel zu oft bevormundet und nicht ernst genommen fühlen. Das betrifft auf alle Teile unseres gesellschaftlichen Lebens, wie Schule, Ausbildung, Beruf/Werkstätten, Behörden, Ämter, Politik und auch Familie und Öffentlichkeit. Sie fühlen sich zu oft „gegängelt“ und empfinden starken Gegenwind bei der Umsetzung ihrer Selbstbestimmung, ihrer Wünsche und Pläne. Teilhabe – wo und wie es Amtsträgern passt. Einerseits traut man uns zu wenig zu, andererseits lässt man uns allein.

Fazit der Teilnehmer:

Wir werden zu oft behindert bei der Entwicklung unseres Lebens, in unserer Selbstbestimmung, bei unserer Teilhabe. Wir verspüren permanent Gegenwind.

Wir wollen ernst genommen werden. Wir wollen Unterstützung bei der Umsetzung **unserer** Pläne!

Folgende Arbeitsschwerpunkte und Themen wurden von den Teilnehmern für das Wochenende aufgestellt:

1. Ausbildung / Berufsleben;
2. Bürokratie / Papierkram/Organisation in Ämtern-/unterqualifizierte Mitarbeiter/ geldliche Unterstützung / Finanzen;
3. Unterstützung bei der Mobilität/ Assistenz;
4. Klischees im Alltag/ von Freunden das „Zuende-denken“ fehlt/ Freizeit/ Unwissenheit/ Feiernmöglichkeiten für Rollifahrer kaum vorhanden;
5. Selbstbestimmung / Akzeptanz / Gleichberechtigung;
6. Barrierefreiheit: wo fängt sie an, wo hört sie auf? Wohnen/ Leben /Arbeiten;

Inhaltsverzeichnis

1.	<u>Ausbildung / Berufsleben</u>	3
1.1.	<u>Immaterielle Barrieren</u>	3
1.2.	<u>Materielle Barrieren</u>	3
1.3.	<u>Vorhaben/Ideen, die von uns umgesetzt werden</u>	5
1.4.	<u>Forderungen</u>	5
2.	<u>Bürokratie / Papierkram/Organisation / qualifizierte Mitarbeiter in Ämtern, geldliche Unterstützung / Finanzen</u>	5
3.	<u>Unterstützung bei der Mobilität/ Assistenz</u>	6
4.	<u>Klischees im Alltag / von Freunden das“ Zuendedenken“ fehlt / Freizeit/ Unwissenheit/ Feiernmöglichkeiten für Rollifahrer</u>	7
5.	<u>Selbstbestimmung / Akzeptanz / Gleichberechtigung</u>	8
6.	<u>Barrierefreiheit: wo fängt sie an, wo hört sie auf? Wohnen/ Leben / Arbeiten</u>	9
7.	<u>Feedbackrunde zum Schluss:</u>	9
	<u>7.1 – 7.3. Wie beurteilen Sie Ihr bisheriges Leben? Wo stehen Sie jetzt? Wie sehen Sie Ihre Zukunft?</u>	9
8.	<u>Forderungen</u>	11
9.	<u>Geplante Vorhaben</u>	11

1. Ausbildung / Berufsleben

1.1. Immaterielle Barrieren

- Betriebe wollen zwar lt. Anzeige Menschen mit Behinderung (im folgenden MmB) einstellen, lehnen aber doch häufig die Bewerbung ab. Wir empfinden das oft als Ausrede: Arbeitgeber trauen sich nicht richtig, uns einzustellen;
- Meine Persönlichkeit kann ich nicht entfalten, weil man mich nur auf meine Behinderung reduziert;

1.2. Materielle Barrieren

- Keine einmalige Beantragung des Nachteilsausgleich für die gesamte Berufsausbildung möglich, dieser muss immer wieder neu beantragt werden;
- Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber ist zu gering, Unternehmen zahlen lieber, als uns einzustellen;
- Mangelnde und / oder unvollständige Beratung durch Behörde! Wunsch: einen Ansprechpartner für alle Beratungsangelegenheiten
- Oft fehlende Dienstleistungsorientierung der Ämter;
- Ich wünsche mir, dass ein Amt an meinem Wohnort mein ausschließlicher Ansprechpartner ist;
- Keine Hin und Herschieben der Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Ämtern;
- Wir brauchen teilweise unsere Eltern, um zu den Ämtern zu kommen, konkrete Antwort über den Stand eines Antrages fehlen oder werden nicht am Telefon beantwortet, sondern nur bei einem gesonderten Gesprächstermin;
- Arbeitsamt, Integrationsfachdienst, Integrationsamt, Krankenkasse: Fehlende Transparenz der Zuständigkeiten zwischen und/oder innerhalb des Amtes führt zu Frustration, man wird hin und her gereicht;
- Leichte Sprache: Fragebögen und/ oder Bescheide werden nicht verstanden, zu viel Hinweise auf Paragraphen, Beamtendeutsch. Korrespondenz der Ämter muss von Eltern oder anderen Vertrauten „übersetzt“ werden;
- Kommunikation der Mitarbeiter innerhalb der Ämter muss verbessert werden, wechselnde Mitarbeiter (Krankheitsvertretung, Urlaubsvertretung), müssen entsprechend Bescheid wissen (oft fehlende Übergabe zum Kollegen), wir sind hier die Opfer;
- Ein Behindertenbeauftragter pro Arbeitsamt gefordert, der uns nicht rumreicht, nicht diskriminiert sondern uns hilft: wir sind Kunden der Ämter nicht Störfaktor;
- Unsere Unwissenheit wird oft ausgenutzt, um Geld zu sparen;
- Geldliche Dinge sollen schneller und zielgerechter erledigt werden. Erst Ablehnen, Widerspruch, immer müssen wir uns durchsetzen;

- Defizit der Barrierefreiheit bei der Wahl des Ausbildung: ist mein Wunschbetrieb überhaupt barrierefrei, wo kann ich das erfahren?
- Welche Vorteile hat ein Unternehmen, welches Menschen mit Behinderung einstellt:
 - Wir sind eine Bereicherung für den Betrieb: wir können anderen Menschen beibringen, Hilfe anzunehmen;
 - Wir sind manchmal ehrgeiziger als andere, geben nicht so schnell auf, denn wir sind es gewohnt zu kämpfen;
 - Wir sind kreativer, weil wir es gewohnt sind, Problemlösungsstrategien zu entwickeln, wir sind regelmäßig mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert;
 - Wir sind es gewohnt, Vertrauen entgegen zu nehmen, dass kann ein Vorteil für andere sein. Andere Menschen vertrauen uns öfters, weil wir mit Vertrauen umgehen können;
 - Wir müssen mutiger als andere sein, denn wir müssen vertrauen, dass die Dinge funktionieren;
 - Wir sind aufmerksamer hinsichtlich Barrieren (denken Dinge vollständig zu Ende) denn auch Kleinigkeiten können uns behindern (eine kleine Stufe, und wir kommen da nicht durch);
 - Wir sind geduldiger als anderen Menschen, das kann oft vorteilhaft sein;
 - Wir haben oft mehr soziale Kompetenz, wir müssen oft auf andere Menschen zu gehen, um Hilfe zu bekommen;
 - Wir haben eine positive Lebenseinstellung trotz Behinderung , das kann als Vorbild für andere Menschen dienen;
- 1.2.1.1. Wir entwickeln ein anderes Selbstverständnis von Können und Nichtkönnen;

1.3. Vorhaben/Ideen, die von uns umgesetzt werden

- Zum Beispiel: Herr Schäuble soll das machen, was wir täglich machen (ohne die vielen Assistenzen, die er genießt) (Fahrdienst vers. Chauffeur)
- „Ein Tag Behindert“: Prominente, Künstler, Politiker, VIP`s sollen einen Tag so leben, wie wir es täglich tun: mit Schienen, Taps, Rollstuhl etc.; oder an den Bundesverband Konduktive Förderung für Förderprojekte spenden, wenn sie es nicht tun. Begleitet von der Presse. Bundesweite Umsetzung über Mitgliedsvereine und Öffentlichkeitsarbeit. Evtl. in Verbindung mit dem Welt-Tag der Cerebralparese immer am 01.10

1.4. Forderungen

- Einstellungstests: Nachteilsausgleich soll selbstverständlich werden und die Menschen ohne Behinderung sollen diesen als selbstverständlich empfinden!
- Abbau der Vorurteile uns gegenüber, Inklusion hört nicht in der Schule auf, sondern muss sich im Berufsleben fortsetzen (nicht ab in die Werkstatt)!
- Inklusionsbeauftragter in jedem Betrieb, der sich um unsere besonderen Bedürfnisse kümmert!
- Was passiert nach der Grundschule, warum wird Behinderung dann immer stärker wahrgenommen???
- Entwicklung von „Modularer Ausbildung“. Nicht der ganze Beruf muss auf einmal erlernt werden. Sondern in Teilabschnitten. Dieses kann zum Abschluss eines ganzen Lehrberufes führen.

2. Bürokratie / Papierkram/Organisation / qualifizierte Mitarbeiter in Ämtern, geldliche Unterstützung / Finanzen

- 2.1. Keine genauen Absprache zwischen Arbeitgeber und Arbeitsamt bzgl. finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten;
- 2.2. Daher haben die Arbeitgeber Angst, uns einzustellen, da wir vielleicht Mehrkosten verursachen;
- 2.3. Rechtzeitige Geldmittel: Geldmittel kommen oft nicht pünktlich, wir müssen unsere Assistenz aber trotzdem bezahlen;
- 2.4. Ärztliche Kompetenz: Amtsarzt kennt oft konkretes Krankheitsbild des Betroffenen nicht, führt zu falschen Rückschlüssen oder falscher Beratung;
- 2.5. Harter Kampf um Geld: Unterstützung fürs Auto: Beispiel: Arbeitsamt sagt, wenn Du einen Arbeitsvertrag hast, bekommst du auch eine Zusage zur Finanzierung des Autos. Arbeitgeber : ohne Auto kein Arbeitsvertrag;

- 2.6. Anfahrt zum Arbeitgeber mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird seitens der Behörden / der Arbeitgeber unterschätzt, sehr anstrengend und oft nicht barrierefrei. Wir brauchen unsere Kraft zum Arbeiten, nicht für An/Abreise;
- 2.7. Wir wollen per „Sie“ angesprochen, nicht einfach per „Du“, oft fehlendes wertschätzendes Verhalten, „Rollifahrer haben nicht mehr alle Tassen im Schrank“ (Körperbehindert = geistig behindert!), wir werden zu laut angesprochen, wir werden über unsere Begleitpersonen angesprochen, nicht direkt;
- 2.8. Fehlende Zivilcourage: ich stehe vor dem Bordstein und komme nicht hoch, werde nicht gefragt. Oder mir wird geholfen, ohne mich zu fragen;

2.9. Forderungen

- Wir wollen ernst genommen werden nicht rumgereicht werden, Kommunikation auf Augenhöhe!
- Wir sind nicht das dritte Geschlecht: männlich, weiblich, BEHINDERT!

3. Unterstützung bei der Mobilität/ Assistenz

- 3.1. Barrierefreiheit hilft allen, nicht nur uns sondern auch unseren Eltern, die älter werden;
- 3.2. Betroffenheit bei den Menschen: die Unsicherheit uns gegenüber soll den Menschen genommen werden;
- 3.3. Wir wollen selber über unsere Assistenz entscheiden, keine Fremdenscheidung, weil unsere Assistenz teilweise tief in die Privatsphäre eingreift, ist ein Vertrauensverhältnis notwendig;
- 3.4. Mangelnde Informationstransparenz: Staatliche Leistungen sind oft nicht bekannt, nicht transparent oder die Ansprechpartner sind uns nicht bekannt;
- 3.5. Nur geringe Strafe, wenn öffentliche Gebäude nicht barrierefrei sind. Es muss schmerzhaft teuer sein, nicht barrierefrei zu sein;
- 3.6. Beispiele für Mobilitätsforderung: **Wir**, die MmB, müssen die Deutsche Bahn instruieren, dass diese das Stellwerk informiert, dass der Zug an einem barrierefreien Gleis halten soll;
- 3.7. Weite Umwege müssen immer in Kauf genommen werden, damit eine Zugfahrt für einen MmB stattfinden kann. Beispiel: Im Auto von Maschen (Bahnhof Maschen nicht barrierefrei) nach Winsen: Winsen - HH ist barrierearm. Zurück: HH – Winsen geht nicht, da dieser Bahnsteig nicht barrierearm. Sondern nach Lüneburg: Umsteigen zurück nach Winsen, mit Auto nach Maschen;
- 3.8. Wir Rollstuhlfahrer können nicht spontan reisen, müssen lange vorher, oft sehr lange vorher angemeldet werden. Manchmal geht es gar nicht;
- 3.9. Pro ICE gibt es nur ein Rollstuhlparkplatz;

3.10. Forderungen

- Regelmäßige Wartung der Fahrstühle in den Bahnhöfen, diese müssen funktionsfähig sein: 24/7/365 Tage und überdachte Rampen: wir leiden unter eingeschränkter Mobilität durch nicht funktionsfähige Aufzüge, etc. Behindertenservice muss verfügbar sein (nicht gerade im Urlaub oder Feierabend);
- Mehr Rolliplätze in den ICEs; wenn dieser belegt ist, kann ich nicht reisen;
- Betroffene beraten betroffene (Peer Counseling): diese wichtige Methode muss in Ämtern, Behörden etc. ausgebaut werden, denn nur wer wirklich betroffen ist, weiß was Betroffene brauchen;

4. Klischees im Alltag / von Freunden das“ Zuendedenken“ fehlt / Freizeit/ Unwissenheit/ Feiernmöglichkeiten für Rollifahrer

- 4.1. Neue Freunde finden ist schwierig;
- 4.2. Unwissenheit und Berührungängste, es muss über unsere spezifischen Bedürfnissen in Schule, Disco etc. aufgeklärt werden;
- 4.3. Keine Zweckentfremdung von behindertenspezifischen Einrichtungen (Aufzüge, Toiletten);
- 4.4. Nüchterne Rollstuhlfahrer sind per Gesetz Fußgänger, mit Alkohol sind wir Radfahrer;
- 4.5. Uns wird nicht/s Vertraut/anvertraut, es wird grundsätzlich erst einmal davon ausgegangen das wir Dinge nicht können, nicht damit umgehen können

4.6. Forderung:

- Alle Menschen müssen offen gegenüber anderen Teilen der Gesellschaft sein, von Kindheit an, denn unsere Gesellschaft ist bunt und vielfältig!

5. Selbstbestimmung / Akzeptanz / Gleichberechtigung

5.1. Selbstbestimmung: wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten selber bestimmen, was wir wo tun wollen oder lassen möchten und nicht immer Fremdbestimmt werden;

5.2. Wir haben nicht genügend Unterstützung, um diese Selbstbestimmung zu erfüllen auf der Ebene der

- Pflege
- Freizeit
- Emotionaler Ebene (Menschen entfernen sich von uns, weil sie glauben, wir seien ansteckend!)
- Finanziell

5.3. Gleichberechtigung:

- Gleiche Chance für alle, was Rechte und Pflichten betrifft, wir wollen gleichberechtigt am Leben teilnehmen;
- Vermittlung des Gefühl der Normalität, wechselseitiges Verständnis stärken
- Nachteilsausgleich nicht ausreichend ausgeschöpft (Notebook statt Handschrift), „Bevorzugung durch Behinderung“ ;
- Nicht komplette Barrierefreiheit, dadurch werden wir ausgegrenzt;

5.4. Akzeptanz

- Schubladendenken: uns einbeziehen, statt andauernd Gegenwind (Diskriminierung) : du kannst das ja eh nicht, Stärkung unseres Selbstbewusstsein durch Bestätigung, du kannst das: Bereitschaft zu Änderung in der Gesellschaft aber gering;
- Fragen stellen, wenn ernsthaftes Interesse an unserer Krankheit besteht;
- Mitmenschen sollen uns das Gefühl geben da zu sein, in Ländern wie der USA oder Kanada wird man teilweise aufmerksamer begrüßt und wahrgenommen als „normale“ Menschen

5.5. Forderungen:

- Schulung von Betroffenen für andere Betroffenen;
- VIP`s für uns gewinnen, wir haben keine Lobby;
- Wir referieren vor andere Behinderten und vermitteln unsere Kenntnisse und Empfehlungen;
- Wir referieren in Kindergärten, Schulen und andere Institutionen und nehmen damit den Menschen die Unsicherheit im Umgang mit uns;

6. Barrierefreiheit: wo fängt sie an, wo hört sie auf? Wohnen/ Leben / Arbeiten

- 6.1. Barrierefreie Kommunikation (leichte Sprache, mündlich wie auch schriftlich), Feinfühligkeit ist für uns Voraussetzung für Barrierefreiheit;
- 6.2. Elbphilharmonie wird gebaut, aber anderswo fehlen Aufzüge für uns oder funktioniert nicht wegen technischen Defekten (falsche Prioritäten);
- 6.3. Lastaufzüge sind nicht für uns Rollifahrer gedacht, wir sind keine Last!
- 6.4. Barrierefreiheit im Internet (leichte Sprache, Vorlesefunktion, Kontraste , Pixelgröße)
- 6.5. Anforderung für Barrierefreiheit ist eindeutig definiert, werden also nicht immer konsequent umgesetzt;
- 6.6. Transparenz der Barrierefreiheit fehlt (alles zu Ende denken), Rolli im Flur vers. Feuerschutz;
- 6.7. Änderung der Gesetzeslage hinsichtlich Barrierefreiheit (Disco), alle öffentlichen Gebäude müssen barrierefrei sein;
- 6.8. Architekten sollten eine Fortbildung o.ä. machen und diese den Bauherren vorweisen können, bevor sie anfangen dürfen, barrierefrei zu bauen. Das barrierefreie Erreichen von Haus- und Bürotüren muss gewährleistet sei, Anforderungen sollten klar sein. Türen müssen zum Öffnen mit Transpondern versehen werden.

7. Feedbackrunde zum Schluss:

7.1. Wie beurteilen Sie Ihr bisheriges Leben? Wo stehen Sie jetzt? Wie sehen Sie Ihre Zukunft?

Bisher:

- Habe mich nur nach meinen Umfeld gerichtet;
- Hatte Schwierigkeiten, mich durchzusetzen, akzeptiert zu werden;
- Früher wurde ich immer geärgert;
- Früher war es einfacher, mit meiner Behinderung umzugehen, weil ich noch klein war, weil ich noch Kind war;
- Immer brauchte ich jemanden, um meine Rechte durchzusetzen;
- Den Sinn der Therapie habe ich nicht verstanden;

7.2. Jetzt:

- Ich komme klar: habe Selbstbewusstsein aufgebaut;
- Vom Amt bekomme ich nur Gegenwind;
- Ich bin dankbar gegenüber den Leuten, die mit mir meine Therapieweg gegangen sind;

7.3. Zukunft:

- Die Ämter sollen sich nach mir richten, ich bin Kunde;
- Ich will persönlich wie auch beruflich akzeptiert werden;
- Ich will in der Gesellschaft gleichberechtigt werden;
- Ich möchte die gleichen Rechte habe wie alle;
- Ich will eine guter Mutter auf Rädern werden;
- Ich will in Zukunft meine Rechte selber durchsetzen;
- Jetzt weiß ich, wie wichtig Therapie ist;
- Betroffene sollen in den verschiedenen Ebenen mit einbezogen werden, ich will beteiligt werden, einbezogen werden;
- Meine Behinderung soll nicht mehr im Mittelpunkt stehen, sondern meine Fähigkeiten;
- Ich versuche jetzt andere Sachen, die ich kann, in den Mittelpunkt zu setzen, sodass sie meine Behinderung nicht mehr im Vordergrund steht;
- Ich wünsche mir, dass nicht mehr nur meine Behinderung gesehen wird, sondern ich als Mensch, das soll Normalität sein;

8. Forderungen

- Wir brauchen einen zentralen Ansprechpartner an unserem Wohnort, der den Kontakt mit allen anderen Behörden koordiniert, uns als seinen Kunden sieht, uns berät und in leichter Sprache mit uns schreibt und spricht;
- Wir fordern von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in Ämtern und Behörden mehr Kompetenz und Einfühlungsvermögen. Diese Stellen sollten viel öfter von Menschen mit Behinderung besetzt sein, die wissen, „wo uns der Schuh drückt“! Gleichzeitig ist es eine Möglichkeit für Menschen auf dem 1. Arbeitsmarkt;
- Wir wollen nicht weiter behindert werden, in der Umsetzung unserer Pläne, Wünsche, Teilhabe oder Selbstbestimmung. Wir fordern Unterstützung!
- Wir sind nicht das „dritte Geschlecht“ in unserer Gesellschaft (männlich, weiblich, BEHINDERT), wir wollen nicht auf unsere Behinderung reduziert werden, sondern gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben;
- Barrierefreie Gebäude müssen im öffentlichen Raum zur Pflicht werden, barrierefreier Ausbau von Bahnhöfen hat oberste Priorität. Weiterhin muss jedes neue Gebäude barrierefrei sein. Die bestehenden Bauvorschriften müssen eingehalten werden!
- Arbeitgeber sollen über die guten Chancen der Einstellung von Menschen mit Behinderung aufgeklärt werden, die Ausgleichsabgabe bei Nichtbesetzung muss wehtun;
- Öffentliche Verkehrsmittel müssen barrierefrei werden, als zwingende Rechtsvorschrift: Bahn, Bus, Straßenbahn, Bahnhöfe, Haltestellen!
- Behindertenservice an Bahnhöfen muss ausgebaut werden;

9. Geplante Vorhaben

- Wir wollen umsetzen: „Ein Tag behindert“: Menschen ohne Behinderung sollen einen Tag so leben, wie wir es 365 Tage tun;
- Peer Counseling: Wir wollen als Referenten vor anderen Betroffenen und nicht Betroffenen sprechen und auf uns und unsere besonderen Bedürfnisse aufmerksam machen;

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz:

Maya Bochmann, Merrit Bree, Nassim Dadkhah, Sören Diercks, Lea Friedemann, Patrik Külper, Christian Pitz, Alexandra Tennert, Till Raap, Aileen Schiemann, Laura Schiemann, Jörn Voß, Wolfgang Vogt, Jens Wiegrebe,

Dezember 2014